

zahlen bereit war, begründet Ernst Matthiensen lapidar: „In der Hausse (Kursaufschwung) gibt es einen Zuschlag, in der Baisse einen Abschlag. Herr Krages mußte ja nicht an uns verkaufen.“

Im übrigen führen Rinn und Matthiensen den Ankauf der Papiere, an denen sie „grundsätzlich nicht interessiert“ gewesen seien, auf altruistische Motive zurück. Die Dresdner Bank habe die ständige Drohung, die angesichts der beträchtlichen Krages-Schulden über der Börse hing, beseitigen und zur allgemeinen Beruhigung beitragen wollen.

Hingegen glauben Krages und die zahlreichen Gegner des Instituts, nicht Altruismus, sondern eigensüchtiges Gewinnstreben sei die Triebfeder der Transaktion gewesen. Danach soll die Dresdner Bank um das GBAG-Paket bemüht gewesen sein, weil ihr bekannt war, daß der amerikanische Mineralöl-Trust Socony Mobil Oil eine Mehrheitsbeteiligung bei GBAG anstrebte. Tatsächlich hielt der US-Trust lange Zeit nach einem großen Paket Ausschau.

Hartnäckig hält sich bis heute an Deutschlands Börsen das Gerücht, Socony Mobil Oil hätte der Dresdner Bank für die GBAG-Papiere einen Kurs von 250 geboten — mehr als doppelt so viel wie jener Kurs, den Krages für seine Aktien bekommen hatte.

Unter dem Eindruck des starken Socony-Interesses hatte auch das Bundesfinanzministerium im Hinblick auf ein geplantes Sparförderungsgesetz — danach sollte der Kleinverkauf von Aktien aus großen Paketen prämienbegünstigt werden — bei der Dresdner Bank vorsichtig durchblicken lassen, sie möge von der Veräußerung ihres Pakets Abstand nehmen.

Hans Rinn und sein Freund Ernst Matthiensen, die seit Jahrzehnten wie Castor und Pollux über der Dresdner Bank strahlen, bestreiten indes ausdrücklich, je mit Socony verhandelt zu haben. „Uns hat Mobil Oil“, so Matthiensen, „niemals ein Angebot gemacht; weder haben wir zu irgendeinem Zeitpunkt verhandelt, noch kenne ich überhaupt jemanden von Socony. Das ist alles reine Gerüchtemacherei.“

Ihm sekundierte Hans Rinn: „Wenn wir an Socony verkauft hätten, wo doch jedermann klar war, daß die Amerikaner es auf die GBAG-Tochter Aral abgesehen hatten, hätten wir uns im Ruhrrevier nicht mehr sehen lassen können. Als Aktienhändler haben mir natürlich wegen der Aussicht, unser Paket praktisch nicht verkaufen zu können, die Augen getränt.“

Tatsächlich sind die Beteiligungen der Dresdner Bank an der Chemie-Verwaltung und an der GBAG auch im Inland nahezu unverkäuflich, da weder ein potenter Großaktionär in Sicht noch ein Kleinverkauf über dem Wertpapier-schalter in dieser Größenordnung ohne gefährliche Kurseinbrüche zu bewerkstelligen ist.

Dauerbeteiligungen in diesem Umfang aber sind auch für eine Großbank problematisch, zumal die Ertragslage sowohl bei GBAG (Dividende 1963: acht Prozent) wie auch bei der Chemie-Verwaltung (Dividende: 12,5 Prozent) nicht zu Freudentänzen Anlaß gibt.

In dem heraufziehenden Verfahren sprang den Bankiers unlängst ein wertvoller Entlastungszeuge bei. In einer Eidesstattlichen Versicherung („zur Vor-

lage beim Gericht bestimmt“) berichtete Dr. Gotthard Freiherr von Falkenhäusen, Vorsitz des Bundesverbandes des privaten Bankgewerbes, über eine Sitzung des Bundesbankdirektoriums im November 1962, an der er, Falkenhäusen, teilgenommen hatte.

Im Verlauf der Sitzung hätte Bundesbankpräsident Blessing, so von Falkenhäusen, sinngemäß erklärt, an der Übernahme der GBAG- und Chemie-Verwaltungs-Aktien durch die Dresdner Bank sei „nicht das geringste zu beanstanden“.

BILDUNG

NOTSTAND

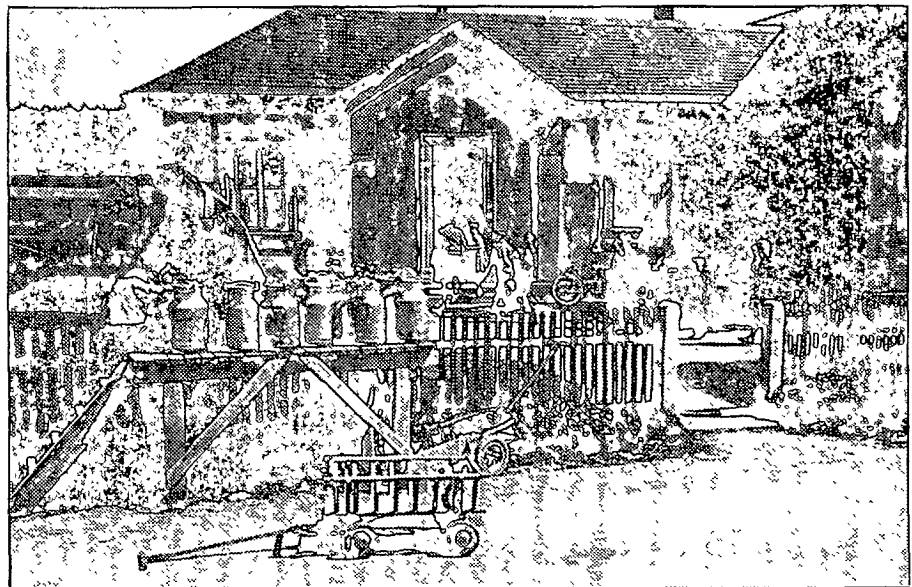
Lücken der Nation

Der evangelische Schwarzwälder Georg Picht, 51, wurde zum bundesdeutschen Jeremias. Wie einst der alttestamentliche Prophet in Jerusalem, so kündigte der Altphilologe in Hinterzarten den nahen Untergang seines Staates an: Laut Picht droht der „dritte Zusammenbruch der deutschen Geschichte in diesem Jahrhundert“.

Die Klage des Jeremias blieb vor zweieinhalb Jahrtausenden ein Solo

das Picht an Hand wissenschaftlicher Denkschriften und Jahresberichte skizziert hatte*:

- ▷ Seit 1958 ist der Anteil der Ausgaben für Schulen und Hochschulen am Sozialprodukt der Bundesrepublik ständig gesunken — von 3,31 Prozent 1958 auf 2,99 Prozent 1962.
- ▷ In den einklassigen Volksschulen, deren Zahl sich in den letzten zehn Jahren noch verdoppelt hat, kann „auch der beste Lehrer nicht mehr das Minimum dessen erreichen, was heute jeder Bauer, Arbeiter und Handwerker an Bildung braucht“.
- ▷ In der Bundesrepublik herrscht noch immer die achtjährige Schulpflicht vor — im Gegensatz zu England (zehn, bald elf Jahre), Frankreich (neun, bald zehn Jahre) und den USA (elf bis zwölf Jahre). „Der durchschnittliche Bildungsstand“ liegt mithin „unter dem Durchschnitt jener Länder ... mit denen wir wirtschaftlich und politisch konkurrieren müssen“.
- ▷ Die mittlere Reife wird in Norwegen, den Niederlanden, Schweden und Belgien von etwa einem Drittel der Schüler erreicht, in Schleswig-



Einklassige Schule in Bayern: Der beste Lehrer versagt

und kostete den Sänger die Freiheit, die er nur dank Fürsprache eines mitleidigen Eunuchen zurückerhielt. Die 1964er Jeremiade des Propheten aus dem Schwarzwald wurde zum Volkslied und trug ihm nationalen Ruhm ein.

Im Februar 1964 schlug Picht, Ehemann einer Musik-Professorin und Vater von fünf Kindern, in „Christ und Welt“ das Thema an: In der Bundesrepublik müsse so bald wie möglich „der nationale Notstand auf dem Felde des Bildungswesens“ ausgerufen werden; nur so könne noch eine „deutsche Bildungskatastrophe“ verhindert werden. „Wenn das Bildungswesen versagt“, schrieb er, „ist die ganze Gesellschaft in ihrem Bestand bedroht.“

Als in diesem Monat ein katholischer Verlag das evangelische Klagelied in Buchform verbreitete, bot sich den Lesern ein düsteres Bildungs-panorama,

Holstein — dem Bundesland mit der besten Zahl — nur von knapp einem Viertel, im Saarland gar nur von jedem 20. Schüler.

Für noch bedrohlicher hält Picht die künftigen Perspektiven. Bis 1970 brauche man, so rechnet er vor, mehr als doppelt soviel Lehrer wie heute. Theoretisch müßten neun von zehn Abiturienten diesen Beruf wählen, wenn der Bedarf gedeckt werden soll. Und der Mangel an Studienräten werde „in wenigen Jahren ebenso schlimm sein wie der an Volksschullehrern“.

Beklemmend ist auch die von Picht präsentierte Abiturienten-Rechnung. Danach würden die Abiturienten 1970 in der Bundesrepublik 6,8 Prozent des Jahrgangs ausmachen — eine Zahl, die dreimal niedriger ist als die künftige

* Georg Picht: „Die deutsche Bildungskatastrophe“. Walter-Verlag, Olten und Freiburg; 248 Seiten; 9,80 Mark.

Abiturienten-Quote in Norwegen und Schweden (je 22 Prozent) oder in Frankreich (19 Prozent).

Und: Auch in ihrer „jetzigen, hinter der internationalen Entwicklung so weit zurückgebliebenen Gestalt“ könnten die bundesdeutschen Schulen nur erhalten werden, wenn die jährlichen Schul-Etats von 5,7 auf 9,7 Milliarden Mark erhöht und etwa 50 Milliarden Mark zusätzlich für Investitionen aufgebracht würden.

Der Hinterzartener Bildungs-Experte warf den Kultusministern vor, sie hätten keine Konsequenzen aus den Zahlen gezogen, die sie zum großen Teil selbst veröffentlichten, und damit „eine Art Offenbarungseid“ geleistet. Er nahm Anstoß an dem „Gebaren unserer Landesfürsten“, das an die „Welt der mittelalterlichen Stammesherrzöge“ erinnere; Föderalisten wie Meyers (Nordrhein-Westfalen), Altmeier (Rheinland-Pfalz) und Zinn (Hessen) versuchten, „jede vernünftige Entwicklung unserer Kulturpolitik zu sabotieren“.

Der nordrhein-westfälische Kultusminister Paul Mikat verteidigte zunächst noch bei einer Rede im Bundestag seine Kultus-Kollegen und auch die Landesherren: Es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, „als wenn in der Bundesrepublik aus Mangel an einer einheitlichen Konzeption das ganze Bildungs- und Schulwesen schlechthin rückständig wäre“.

Bald darauf aber gestand Mikat auf dem CDU-Parteitag in Hannover ein, Picht habe „die Tendenz der Entwicklung wohl richtig markiert“. Und Mikats Berliner Kollege Carl-Heinz Evers (SPD) dankte dem Schwarzwälder Kritiker sogar: Er habe die deutsche Schul-Misere „zutreffend dargestellt“.

Der Bildungsnotstand avancierte zum Lieblingsthema von politischen Damen und geistlichen Herren, von Professoren und Politikern, auf Akademie-Veranstaltungen und Parteiversammlungen. So debattierte der SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Lohmar das Thema erst im Bonner Bundestag mit dem Alt-Christen Berthold Martin, 51, bald darauf in der Münchner Zeitschrift „Twen“ mit dem Jung-Christen Dietrich Rollmann, 32.

Und junge wie alte Kämpfer meldeten in ihren Berichten von der Bildungsfront weitere Notstände: Nur etwa jeder sechste bayrische Volksschüler lernt in einer achtklassigen Schule (die mithin für jeden Jahrgang eine eigene Klasse aufweist) — signalisierte die Landtagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher (FDP). Nur 43 von 100 Quartanern halten bis zum Abitur durch, in Baden-Württemberg sogar nur ein Drittel der Jungen und ein Viertel der Mädchen — berichtete der Deutsche Wissenschaftsrat.

Jeder zweite Bürger ist Arbeiter, aber nur jeder 20. Student ein Arbeitersohn — meldete der Verband Deutscher Studentenschaften; in Schweden hingegen ist, wie der Tübinger Soziologe Ralf Dahrendorf ergänzte, jeder fünfte, in den USA fast jeder dritte, in Oxford und Cambridge immerhin noch jeder zehnte Student ein Arbeitersproß.

Für Patente und Lizenzen — in denen sich normalerweise der Stand der Forschung und die Fülle der Erfindungen widerspiegeln — zahlte die Bundesrepublik 1962 nach einer „FAZ“-Rechnung 446 Millionen Mark mehr an das



Bildungspolitiker Picht
Klagelied aus Hinterzarten

Ausland als sie dort für deutsche Patente und Lizenzen kassierte. 1939 war die deutsche Bilanz noch ausgeglichen gewesen. Heutiger Ausfuhr-Überschuß der USA: 1,9 Milliarden Mark jährlich.

Eine Teilursache dieser Malaise wurde in einer Studie der Deutschen Forschungsgemeinschaft zutage gefördert. Darin kamen 140 deutsche Forscher von Rang überwiegend zu dem Ergebnis, daß die deutsche Wissenschaft nur noch auf wenigen Gebieten zur Welt-Spitze gehöre, in vielen modernen Zweigen aber „besorgniserregend“ im Rückstand sei.

Die deprimierende Bildungsbilanz offenbarte eindeutig, was seit Kriegsende in Westdeutschland versäumt worden war. In demselben Maße, wie das Wirtschaftswunder aufblühte, war die Nation geistig in die roten Zahlen geraten.

Und wie immer, wenn ein aufsehenerregender Konkurs droht, wurden nun Sanierungspläne dargereicht — vom Vorschlag der Deutschen Forschungsgemeinschaft, wie einst das „Notopfer Berlin“ nun ein „Opfer für die Wissenschaft“ einzuführen, bis hin zu der Anregung Brigitte Gerstenmaiers, Elternvertretungen auf Orts- und Landesebene zu wählen, nach dem umgewandelten Marx-Motto „Schuleltern aller deutschen Länder, vereinigt euch!“.

Die wichtigsten Rettungsvorschläge waren:

- ▷ Vereinigung von Zwergschulen zu Mittelpunktschulen (Verband Deutscher Studentenschaften).
- ▷ Förderstufe für Volksschüler des 5. und 6. Schuljahres, um den Übergang auf Oberschulen zu erleichtern (Kultusminister Mikat auf dem CDU-Parteitag).
- ▷ Ausbau des „zweiten Bildungsweges“, um Nicht-Abiturienten in stärkerem Maße den Weg zur Hochschule zu ebnen (Westdeutsche Rektorenkonferenz).
- ▷ Neugliederung der Volksschule in vierjährige Grundschule, zweijährige Förderstufe und vierjährige „Vollzeitschule“ als „neuem Oberschul-

typ“ (Deutscher Ausschuß für Erziehungs- und Bildungswesen).

- ▷ „Bildungswerbung“ unter den Eltern, um mehr Kinder für die Oberschulen zu gewinnen (Deutscher Städtetag).
- ▷ Gemeinsame Bildungsplanung des Bundes und der Länder, gesichert durch Abkommen (von Sprechern aller Parteien im Bundestag bejaht, am vergangenen Freitag von Bundeskanzler Erhard und Kultusminister Mikat angekündigt).
- ▷ Förderung der Wissenschaft durch Stiftungen und durch steuerbegünstigte Spenden auch des Mittelstandes (Bundespräsident Lübke).

Bislang ist allerdings nur ein Vorschlag solch grundsätzlicher Art verwirklicht worden: Bund und Länder schlossen ein Verwaltungsabkommen über die Förderung von Wissenschaft und Forschung. Dieses Projekt hatten die Kultusminister schon vor sechs Jahren gutgeheißen.

Angesichts dieses Tempos und eingedenk der föderalistischen Zersplitterung deutscher Kulturpolitik verkündete Jeremias Picht: „Wenn es in diesem Stil weitergeht, werden wir noch in zwanzig Jahren vergeblich auf eine funktionsgerechte politische Ordnung des wichtigsten Sektors unserer Gesellschaft warten.“

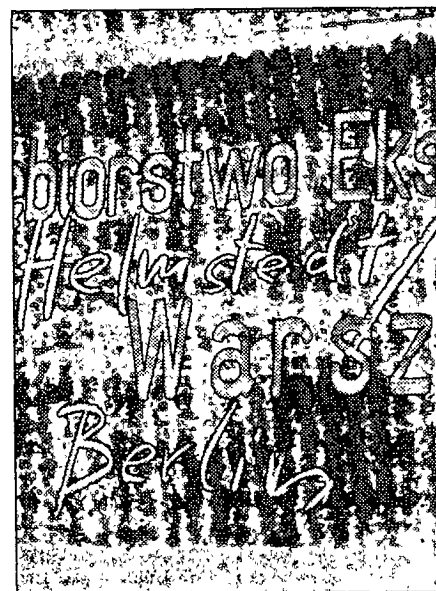
SOWJETZONE

TRANSIT

Im Kreisverkehr

Das SED-Politbüro stellte die Weichen: Seit einem halben Jahr muß die sowjetzonale Deutsche Reichsbahn für Westberlin bestimmte Kesselwagen mit Heizöl aus Polen auf dem Güteraußenring — an der Frontstadt vorbei — durch die Zone in die Bundesrepublik leiten.

An der Zonengrenze bei Oebisfelde übernehmen Lokomotiven der Deutschen Bundesbahn die Züge, fahren sie über Wolfsburg und Helmstedt zum DDR-Grenzbahnhof Marienborn, von wo aus wiederum Reichsbahn-Loks den Transport nach Westberlin besorgen. Der



Warschauer Kesselwagen in Westberlin
Polnisches Öl via Helmstedt